



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für regionale Entwicklung

2012/2290(INI)

24.4.2013

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für regionale Entwicklung

für den Haushaltsausschuss

zu dem Thema „Vorausplanung der Politik und langfristige Trends:
Auswirkungen des Kapazitätsaufbaus auf den Haushalt“
(2012/2290(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Oldřich Vlasák

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für regionale Entwicklung ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. weist darauf hin, dass nach dem Subsidiaritätsprinzip eine Vielzahl öffentlicher Stellen für die Ausarbeitung langfristiger sozioökonomischer Strategien und die Umsetzung der Politik in der EU zuständig ist, beispielsweise die EU-Organe, die Ministerien der Mitgliedstaaten, die Abteilungen regionaler oder lokaler Behörden und spezielle Einrichtungen; macht darauf aufmerksam, dass neben den öffentlichen Stellen der Mitgliedstaaten und der EU-Organe auch die Wirtschafts- und Sozialpartner, nichtstaatliche Organisationen und weitere Interessenvertreter an der Ausarbeitung langfristiger Strategien beteiligt sind; hebt deshalb hervor, dass die Politik auf mehreren Ebenen gestaltet werden sollte;
2. betont, dass diese Strukturen mit modernen Verwaltungs- und Managementkapazitäten ausgestattet werden müssen, damit sie – in genauer Kenntnis der Sachverhalte und ihrer Wechselwirkungen – zukunftsweisende Strategien formulieren können, in deren Rahmen auch den Besonderheiten der Regionen Rechnung getragen wird und die dadurch zu Qualität und Wirksamkeit der verschiedenen Maßnahmen in den einzelnen Bereichen beitragen, so dass letztendlich die Union sich harmonisch entwickeln kann und die Unionsprogramme reibungslos ablaufen können; hält es dabei für wesentlich, dass die bestehenden Entscheidungsmechanismen und Verwaltungsabläufe einer Evaluierung unterzogen werden sollten, in der erörtert wird, ob eine Modernisierung der Verwaltungsabläufe notwendig ist; weist jedoch darauf hin, dass im Zuge eines Kapazitätsausbaus keine neuen Mechanismen oder Institutionen geschaffen werden sollten, sondern die bestehenden Verwaltungsvorgänge wirksamer und im Sinne zukunftsweisender Strategien eingesetzt werden müssen; vertritt die Auffassung, dass die Mitgliedstaaten moderne Verwaltungs- und Managementkapazitäten benötigen, wenn die Entwicklung der Union einen harmonischen Verlauf nehmen soll und die Unionsprogramme reibungslos ablaufen sollen; vertritt die Auffassung, dass insbesondere jenen Mitgliedstaaten besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, die im Programmplanungszeitraum 2007–2013 Verzögerungen und eine abnehmende Mittelausschöpfungsrate verzeichnen;
3. hebt hervor, dass Finanzmittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Kohäsionsfonds (KF) und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) abgerufen werden können, um die institutionellen und administrativen Kapazitäten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu stärken, beispielsweise durch Modernisierung des Personalwesens, Neugestaltung der Aufgaben und Zuständigkeiten der öffentlichen Verwaltung, Korruptionsbekämpfung, Verringerung der Verwaltungslasten für Unternehmen, Stärkung der Verwaltung auf regionaler und lokaler Ebene, Unterstützung der Sozialpartner und nichtstaatlicher Organisationen, Modernisierung der politischen Verfahren und Investitionen in Vorhaben unter Einsatz von Kapital der öffentlichen Hand in verschiedenen Bereichen der elektronischen Behördendienste; vertritt die Auffassung, dass im laufenden Programmplanungszeitraum vorbereitenden Maßnahmen zugunsten der künftigen Empfänger von Mitteln im Rahmen der Kohäsionspolitik Vorrang eingeräumt

werden sollte;

4. ist der Ansicht, dass die elektronischen Behördendienste von zentraler Bedeutung sein können, was den Kapazitätsausbau, die Verwaltungsmodernisierung und eine bessere horizontale und vertikale Koordinierung der einzelnen Stellen auf nationaler Ebene und auf EU-Ebene betrifft; weist außerdem darauf hin, dass bei der Einführung elektronischer Behördendienste auf die reichhaltigen Erfahrungen aus den Mitgliedstaaten, den EU-Organen sowie nichtstaatlichen Organisationen zurückgegriffen werden muss;
5. betont, dass bei der Verringerung der Ungleichheiten in der Entwicklung der Regionen zwar Fortschritte erreicht worden sind, jedoch nach wie vor große Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung und der sozialen Entwicklung bestehen, und dass diese Unterschiede auch in der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen für die Bürger zum Tragen kommen;
6. vertritt die Auffassung, dass der mehrjährige Finanzrahmen ein sehr wichtiges Instrument für die langfristige Planung des europäischen Aufbauwerks unter Berücksichtigung des europäischen Blickwinkels und des Zusatznutzens der Union darstellt; fordert jedoch, dass der EU-Haushalt und die nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten besser koordiniert werden und dass Mittel der öffentlichen Hand von der Planungs- bis zur Umsetzungsphase so verwendet werden, dass für mehr Komplementarität, Koordinierung und Synergien ohne doppelte Aufwendungen gesorgt ist und dass mit ihnen konkret zur Verwirklichung der festgelegten Ziele beigetragen wird; besteht darauf, dass die Ziele der Strategie Europa 2020 mit den nationalen Entwicklungsstrategien verknüpft werden müssen, damit dafür gesorgt ist, dass Investitionen möglichst wirksam und verantwortungsvoll getätigt werden;
7. betont, dass die Kohäsionspolitik schon allein wegen ihres mehrjährigen, langfristigen und horizontalen Zuschnitts ein Politikbereich ist, in dem die Vorausplanung eine gewichtige Rolle spielt, und dass der Kohäsionspolitik aufgrund ihres erheblichen Anteils am EU-Haushalt bei der vorausschauenden Haushaltsplanung stets herausragende Bedeutung beizumessen ist;
8. ist der Ansicht, dass die Ausarbeitung von Maßnahmen in der Kohäsionspolitik und weiteren Politikbereichen immer stärker davon abhängt, dass langfristige globale Tendenzen rechtzeitig erkannt werden; nimmt in diesem Zusammenhang diverse vorausschauende Berichte zur Kenntnis, wie den Bericht „Projekt Europa 2030“ (den Bericht der Reflexionsgruppe an den Europäischen Rat über die Zukunft der EU 2030) und den Bericht des Instituts der Europäischen Union für Sicherheitsstudien mit dem Titel „Global Trends 2030 – Citizens in an Interconnected and Polycentric World“ (Globale Trends 2030 – Bürger in einer vernetzten und polyzentrischen Welt) im Rahmen des Projekts „Europäisches System für strategische und politische Analysen“ (European Strategy and Policy Analysis System – ESPAS);
9. empfiehlt, sich bei derartigen Initiativen für Berichte enger abzustimmen und ein interinstitutionelles System zur Ermittlung langfristiger Tendenzen in wichtigen politischen Angelegenheiten, mit denen sich die Europäische Union zu befassen hat, zu schaffen, und vertritt die Auffassung, dass Bedienstete aller relevanten Organe und Einrichtungen der EU – auch des Ausschusses der Regionen – in ein solches System

einbezogen werden sollten; ist der Ansicht, dass dieses Berichtssystem Gegenstand einer Diskussion sein sollte, an der alle relevanten Interessengruppen, Unternehmensverbände und nichtstaatlichen Organisationen beteiligt sind.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	23.4.2013
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 42 -: 0 0: 2
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Luís Paulo Alves, Catherine Bearder, Jean-Jacob Bicep, Victor Boștinaru, John Bufton, Nikos Chrysogelos, Ryszard Czarnecki, Rosa Estaràs Ferragut, Danuta Maria Hübner, Vincenzo Iovine, María Irigoyen Pérez, Seán Kelly, Constanze Angela Krehl, Petru Constantin Luhan, Ramona Nicole Mănescu, Riikka Manner, Iosif Matula, Miroslav Mikolášik, Jens Nilsson, Jan Olbrycht, Wojciech Michał Olejniczak, Younous Omarjee, Markus Pieper, Georgios Stavrakakis, Csanád Szegedi, Nuno Teixeira, Lambert van Nistelrooij, Justina Vitkauskaitė, Oldřich Vlasák, Kerstin Westphal, Joachim Zeller, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Joseph Cuschieri, Vasilica Viorica Dăncilă, Karima Delli, James Nicholson, Ivari Padar, Herbert Reul, Elisabeth Schroedter, Richard Seeber, Czesław Adam Siekierski, Patrice Tirolien, Giommaria Uggias, Manfred Weber